

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus der Stadtbürgerschaft vom 21. Oktober 2014

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/u2>

„Müllabfuhr in Bürgerhand“?

Im Jahr 1998 wurde die Abfallentsorgung in Bremen privatisiert. Die Verträge laufen im Jahr 2018 aus. Die Beratungen über die Zukunft der Abfallwirtschaft in Bremen laufen schon länger, vor den Sommerferien startete die (erfolgreiche) Sammlung von Unterschriften für einen Bürgerantrag, der die vollständige Rückübertragung der operativen Aufgaben der Abfallwirtschaft und der Stadtreinigung – mit Ausnahme der Müllverbrennung – auf die Stadtgemeinde Bremen auf der Grundlage einer Anstalt öffentlichen Rechts fordert. Heute wurde der Bürgerantrag in der Bürgerschaft diskutiert und zur weiteren Beratung in die städtische Umweltdeputation überwiesen.



Maike Schaefer, umweltpolitische Sprecherin, stellte die Position der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN dar: Wir Grünen setzen uns für eine preisstabile, zuverlässige Hausmüllentsorgung auf hohem ökologischen Niveau ein! Wir Grünen unterstützen auch die Forderungen auf größeren staatlichen Einfluss auf

die Müllentsorgung. Gerade im Bereich der kommunalen Abfallentsorgung verbirgt sich immer noch ein sehr großes umweltpolitisches Potential. Deswegen brauchen wir eine starke kommunale Gestaltungskraft! Wir wollen mitbestimmen, wie modern und umweltfreundlich die Abfallentsorgung aber auch die Fahrzeugflotte ist, ob sich Biogasanlagen lohnen oder vielleicht auch nicht, wie die Sperrmüllentsorgung organisiert ist. Das Auslaufen der Verträge für die Abfallentsorgung in Bremen zum 30. Juni 2018 birgt Chancen für mehr kommunalen Einfluss und Effizienzsteigerung durch Bündelung von Kompetenzen. Wir wollen mehr öffentlichen Einfluss, aber mit möglichst geringem finanziellem und operativem Risiko für die Stadt und mit stabilen und moderaten Gebühren für den Gebührenzahler bei einer zuverlässigen ökologischen Müllabfuhr.

Die Grüne Fraktion hatte am 13.10.2014 ihre Position zur Rekommunalisierung beschlossen, die für den Zeitpunkt 2018 eine Beteiligung Privater bevorzugt. Maike Schaefer schilderte die Vorzüge: 1. hohe Entscheidungs- und Umsetzungskompetenz für die Stadt; 2. steuerliche Vorteile; 3. Ergebnisbeteiligung aus operativer Tätigkeit; 4. Einnahmen von Gewerbesteuer und Körperschaftsteuereinnahmen von jährlich mehr als 0,6 Mio Euro; 5. Maßgeblicher strategischer Einfluss; 6. Aufbau und Erwerb von fehlendem Know-how bei der Kommune; 7. Wirtschaftliche Betriebsführung verbessert durch Einbindung des privaten Partners; 8. die Stadt kann alle erforderlichen Regularien in Verträgen verbindlich festlegen; 9. Gebührenstabilität durch verbindliche Verträge in einem definierten Umfang; 10. Sicherung von Arbeitsplätzen durch langfristige Verträge; 11. komplikationsarmer operativer Übergang 2018.

Das Positionspapier finden Sie unter <http://gruenlink.de/u2o>

Was noch?

Aus der Fragestunde:

ÄrztInnen in Gröpelingen verkaufen ihre Haus- oder Kinderarztpraxen, die dann aber nicht dort bleiben, sondern etwa nach Findorff wandern. Das ist keine wohnortnahe Versorgung! Die Kassenärztliche Vereinigung ist für die Verteilung zuständig und sieht keinen Grund, das zu ändern. Der Senat bedauert dies.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Fahrradstraßen: preiswerte Förderung des Radverkehrs

Mit der Änderung der Straßenverkehrsordnung und der dazugehörigen Verwaltungsvorschrift im Jahr 2009 wurde die Einführung von Fahrradstraßen ermöglicht. Dabei gilt: Anderer Fahrzeugverkehr als Radverkehr darf Fahrradstraßen nicht benutzen, es sei denn, dies ist durch Zusatzzeichen erlaubt. Für den Fahrverkehr gilt eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h. Der Radverkehr darf weder gefährdet noch behindert werden. Wenn nötig, muss der Kraftfahrzeugverkehr die Geschwindigkeit weiter verringern. Das Nebeneinanderfahren mit Fahrrädern ist erlaubt. Im Übrigen gelten die Vorschriften über die Fahrbahnbenutzung und über die Vorfahrt. Vielfach sind Fahrradstraßen noch unbekannt, obwohl es in Bremen inzwischen schon fünfzehn davon gibt. Ein heute beschlossener Antrag fordert zur besseren Sichtbarkeit eine einheitliche Gestaltung und eine geeignete Informationskampagne.



Der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe, Initiator des Antrags, hält eine einheitliche Gestaltung der Fahrradstraßen für nötig, weil viele AutofahrerInnen noch unsicher sind. Mit großen Piktogrammen und einer einheitlichen Eingangssituation soll ein selbsterklärender Straßenraum geschaffen werden.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de